

Pulsnißer Tageblatt

Sammlung
Hauptredaktion: 18. Tel.-Adr.: Pulsnißer Tageblatt
Postfach-Postamt Dresden 2138. Giro-Konto 148
Bezirksanzeiger
Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnißer Bank, Pulsniß und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsniß

Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30. Amtliche Zeile RM 0.75
and RM 0.60. Melame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnißer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsniß sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnißer Amtsgerichtsbezirks: Pulsniß, Pulsniß N. S., Großböhndorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tjemenndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsniß, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)
Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsniß

Nummer 185 | | Mittwoch, den 10. August 1927 | | 79. Jahrgang

Das Wichtigste

Der französische Völkerbundsdelegierte de Jouvenel wendet sich in scharfen
Worten gegen die bisherigen Methoden des Völkerbundes.
Die französische und englische Presse hat die Berichte Forsters und
Guilleaumes zu einem regelrechten Fehlschlag ausgenutzt.
Unabhängig der Hinrichtung Saccos und Vanzetti haben die 500 Ar-
beiter der Kopenhagener Fordfabrik einen 24-stündigen Proteststreik
beigeführt.
In der katholischen Kirche im Italiener-Viertel von Chicago explodierte
eine Bombe und richtete große Verheerung an. Es handelt sich
wieder um ein anarchistisches Attentat.
Westen Nacht ging über Seeland ein furchtbares Gewitter nieder. Viele
Höfe sind infolge Blitzschlag niedergebrannt.
Wie aus Moskau berichtet wird, sollen Trotzki und Sinowjew mit
überwältigender Mehrheit durch den kommunistischen Parteikongreß
aus dem Zentralkomitee der Partei ausgeschlossen worden sein.

Der 11. August.

Am 11. August des Jahres 1919 wurde der von der Na-
tionalversammlung am 31. Juli desselben Jahres angenom-
mene Entwurf zu einer Reichsverfassung im Reichs-Gesetz-
blatt verkündet, erhielt damit also rechtsverbindliche Kraft.
Zweifellos war so eine Festigung des inneren staatsrechtlichen
Gefüges gewonnen, innerer Halt dem Volke gegeben worden,
nachdem die Revolution alle mit uns großgewordenen Be-
gehre vom Staat hatte dahinsinken lassen. Der Aufruf noch
der Volksbeauftragten vom 30. November 1918 — also kurz
nach dem staatlichen Umsturz — zur Schaffung einer neuen
Verfassung an Stelle des Bismarckschen Werkes war damals
eine unbedingte Notwendigkeit gewesen.
Man hat sich gewöhnt, diesen 11. August als beme-
rkenwerten Stichtag, als einen Markstein auf dem Wege zu
einem neuen Rechtsstaat anzusehen; es wird der Tag der
Verkündung einer Verfassung nunmehr von Reichs wegen
als Feiertag festlich begangen. So auch heuer! Es jährt
sich in diesem Jahre der Verfassungstag zum achten Male
— ein Zeichen dafür, daß wir mit der 1919 geschaffenen
Verfassung bisher imstande gewesen sind, unser staatliches
Innenleben fortzuführen und weiter zu entwickeln, wobei
nicht verschwiegen werden soll, daß es an Segnern des Wer-
kes von Weimar nicht gefehlt hat. Doch ist nicht wahr ge-
worden, was im Jahre 1919 sogar ein sozialistischer Minister
aus sprach, daß er nämlich nicht glaube, daß in so gärender
Zeit entstandene Verfassungen länger als zwei Jahre prak-
tisch seien. Das Verdienst vielmehr, den Weg zum Wieder-
aufbau erfolgreich beschritten zu haben, blieb dem Werke von
Weimar, das auf diese Weise auch die Kraft gewann zu
längerem Bestande.
Man wird im laufenden Jahre die Feiern im Reich
besonders eindringlich gestalten, man will einmal ganz aus-
drücklich darauf hinweisen, das durch die Verfassung in
aller Not und inneren wie äußeren Unzulänglichkeit trotzdem
ein Gut unstrittig erhalten blieb, die Reichseinheit nämlich,
an deren Fortführung der Feindbund restlos gearbeitet hatte,
weil er wohl ein sah, daß ein geschlossener Block von Wen-
schen deutschen Blutes, deutscher Gesinnung im Herzen Euro-
pas mit seinen ureigenen Absichten nicht vereinbar sei. Das
alles blieb uns trotz alledem doch erhalten; freuen wir uns
eines Reiches Gutes, wenn es auch den staatlichen Willen
unerschütterte darstellt, das sich an sämtlichen Reichsgrenzen
in freibetendster Weise gefaltet lassen. So ist zu einem
Landes der Grundstein gelegt.
Zu weiteren Ausbau dieses Grundsteins, der einem
Staule als Untergrund dienen möge, in dem alle Staats-
bürger sich wohlfühlen, bedarf es allerdings noch viel förder-
licher Arbeit. Und wenn am Verfassungstage sich im her-
vorragenden Reichsbau zu Berlin die Reichsregierung, die Preu-
sische Staatsregierung mit den Gemeindefürsprechern zu-
sammenfinden werden, so sei nicht vergessen der Tatsache,
beiläufig ist, sei nicht vergessen der Konflikte, die wir in diesen
acht Jahren bereits erlebt. Wer wollte behaupten, daß
eine Verfassung — die letzten Endes doch auch nur Menschen-
werk ist — nicht besserungsfähig, nicht besserungsbedürftig
sei, dies umso mehr, als Artikel 18 der Reichsverfassung ja
ausdrücklich die Möglichkeit eines verfassungsändernden
Gesetzes vorsieht, wenn auch nur auf einem bestimmten
Gebiete, nämlich auf dem der Gliederung des Reichs in Län-
der, Länder und Stämme in solchem Bundesstaate unter
einem Gut zu bringen — das war so bei der Eigenart der
Deutschheit schon im alten Reiche, das ist geblieben in der Re-
publik! So mögen denn die Männer, die zur Regierung berufen
werden, niemals übersehen, daß man versuchen muß, vor
allem einen einigenden Weg zu finden, der mehr als

Systematische Knechtung des Deutchtums in Polnisch-Oberschlesien

Grazinski arbeitet auf eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Vorpulung hin

Scharfe Kritik eines franz. Völkerbundsdelegierten über die Genfer Methode — Dawes will Präsidenschaftskandidat werden
Endlich Verminderung der Besatzungstruppen — Intervention Mussolini für Sacco und Vanzetti — Courtney will heute fliegen

☞ **Kattowitz.** Eine von der amtlichen polnischen Tele-
graphen-Agentur veröffentlichte Uebersicht über den Ausgang
der Besprechungen, die der Wojwode Dr. Grazinski in
den Warschauer Ministerien hatte, gestattet einen deutlichen
Einblick in das vom Wojwoden ausgearbeitete Programm
zur weiteren wirtschaftlichen, politischen und
kulturellen Vorpulung Oberschlesiens.
Im Kultusministerium ist der Wojwode mit
seiner Auffassung über die Frage der Minderheits-
schulen durchgedungen und hat die Zustimmung zu der
Gründung eines staatlichen Museums und einer staatlichen
Musikschule in Kattowitz erhalten. Nach einer ergänzenden
Mitteilung der „Polonia“ soll das Museum nicht provin-
zieller Natur sein, sondern propagandistisch im Interesse des
polnischen Staates aufgezogen werden. Für das Museum,
die Musikschule und das polnische Theater in Kattowitz wer-
den hohe Regierungsbeihilfen gezahlt werden.
Im Ministerium des Innern erzielte der Wojwode eine
Uebereinstimmung über Fragen wirtschaftlicher und politi-
scher Personalangelegenheiten; es wird also
weiter auf die Vorpulung der wichtigsten Venter hinge-
arbeitet werden. Der Minister genehmigte die Errichtung
einer staatlichen Mühle und einer mechanischen
Bäckerei in Oberschlesien. Hiermit ist dem Wojwoden ein
Machtmittel gegen das deutsche Mühlen-
und Bäckereigewerbe in die Hand gegeben. Im
Ministerium für Arbeitshilfe wurde das soziale Programm
für den Herbst und Winter aufgestellt. Für die schlesi-
schen Flüchtlinge wurden 1200 000 Plothy bewilligt.
Im Ministerium für öffentliche Arbeiten wurde die Ge-
währung von Baukrediten für die Wojwodschaft
beschlossen. Schließlich schlug der Wojwode im Ministerium
des Äußeren seine Pläne über die Behandlung von Minder-
heitsangelegenheiten vor.

Während das bekannte, leider bei weitem noch nicht
ausgeführte obereschlesische Programm des Appelner
Oberpräsidenten sich fast ausschließlich auf wirtschaft-
liche Maßnahmen zur Förderung der Provinz beschränkt, um-
faßt das Programm des Wojwoden auch politische und kultu-
relle Maßnahmen. Demgemäß wird auch das Programm für
die deutsche Provinz Oberschlesien revidiert werden müssen
und namentlich auch für die kulturelle und politische
Angliederung Oberschlesiens an Preußen
und das Reich geeignete Mittel in Anwendung zu bringen
sein.

„Die Methode des Völkerbundes paßt mir nicht mehr.“

Scharfe Kritik eines französischen Völker-
bundsdelegierten. — Leere Worte und
Versäumnisse.

☞ **Paris.** Senator Henry de Jouvenel, der der fran-
zösischen Völkerbundsdelegation für die September-
tagung dieses Jahres nicht mehr angehört wird, setzte in der
französischen Zeitung „Matin“ die Gründe auseinander, die
ihn zu diesem überraschenden Schritt veranlaßt haben. Sie
lassen sich in die kurze Formel zusammenfassen: „Die Me-
thode des Völkerbundes paßt mir nicht mehr.“
Jouvenel, der das Ideal in einer rein parlamentarisch-
demokratischen Behandlung des Genfer Apparates er-
blickt, beklagt sich bitter darüber, daß das „Prinzip der
Majorität“, das Prinzip des „wärmsten Interesses der größten
Zahl“, durch das „Prinzip der Politik zu Bieren“
abgelöst worden ist. Wenn die Großmächte für sich je einen
ständigen Ratssitz im Genfer Kollegium in Anspruch genom-
men hätten, so sei das nicht etwa geschehen, um ihren Willen
anderer Staaten aufzuzwingen, sondern um ihre „Macht in
den Dienst der gemeinsamen Entscheidungen“ zu stellen. Wenn
Frankreich diese Auffassung fahren läßt, wird es sowohl
seinen Idem als auch seiner Tradition und seinen Interessen
untreu werden. Es verurteilt sich dazu, den ersten Platz in
Europa zu verlieren.
„Frankreichs Rolle,“ so meint Jouvenel, „seit Rich-
kies Zeiten besteht darin, das Allgemeininteresse Europas“
zu vertreten, den Zement der Kleinen Staaten
zu bilden.“
Warum überzeugt man sich nicht die Völker, daß sie

von nun ab dem Völkerbund gegenüber verantwortlich
sein und ihm ihre Streitigkeiten zu unterbreiten hätten?
Jouvenel zählt dann die Versäumnisse des Völ-
kerbundes auf, das stillschweigende Hinnehmen des
deutsch-russischen Vertrages, die Sonderpolitik
der Mächte in China, die Druckbergerei in dem serbisch-
italienischen und dem serbisch-albanischen
Konflikt. „Der Friedenswille allein genügt nicht“, erklärt
Jouvenel kategorisch am Schluß seines Artikels. „Die Mehr-
heit der Völker hat immer den Frieden gewollt; aber bisher
habe diese Methode verlagert.“

Es ist nicht der Mühe wert, wenn man während eines
Monats alle Jahre hindurch die Wohltaten dieser Methode
proklamiert, um dann während der übrigen elf Monate
des Jahres auf die Sacktüte zurückzugreifen, die bankrott ge-
macht hat.
Deshalb werde ich im September nicht nach Genf gehen.“

Man kann nicht behaupten, daß der Völkerbund noch viel
an Prestige zu verlieren hätte. Und so ist es denn nur logisch,
daß sich zu den Politikern, die den Völkerbund von vorn-
herein wegen seiner inneren Unwahrheit abgelehnt haben,
jezt auch ein so bedeutender französischer Politiker wie de Jou-
venel gesellt, der nun nach sieben Jahren einseht, daß da in
Genf leeres Stroh gedroschen wird. Ueber der Redheit der
Behauptung de Jouvenels, daß Frankreichs Rolle seit Rich-
kies Zeiten in der Vertretung der allgemeinen Interessen
Europas gelegen habe, vergesse man nicht, daß es ein neuer,
sehr ernsthafter moralischer Stoß ist, den der Genfer Völker-
bund durch diese Abgabe gerade eines Politikers erhält, dessen
Ideal unverkennbar ein wahrer Völkerbund wäre.

Dawes will Präsidenschaftskandidat werden.

Rivalität Dawes — Hoover.
☞ **Paris.** In Amerika werden die außenpolitischen
Aeußerungen des Vizepräsidenten Dawes bei der Ein-
weihungsfeier der Niagarafriedensbrücke als eine Art Selb-
bestimmung des Redners für die kommende Präsi-
dentenwahl betrachtet. Man empfindet seine Kritik an
der amerikanischen Regierung als einen Angriff gegen den
eventuell aussichtsreichsten Nebenambidanten Hoover. Es ist
nicht unwahrscheinlich, daß Dawes geplante mehrwöchige
Europareise zu Wahlerklamezwecken von sei-
nen Anhängern ausgenutzt wird.

Endlich Verminderung der Besatzungstruppen?

Berlin, 10. August. Der Pariser Vertreter der
„Vossischen Zeitung“ will wissen, daß es sich bei der Be-
sprechung zwischen Briand, Painlevé und Petain am Mon-
tag in erster Linie um die Frage einer Herabsetzung der
französischen Besatzungsarmee gehandelt habe. Briand halte
den Zeitpunkt für eine solche Herabsetzung jetzt für gekommen
und werde entweder in Genf oder vielleicht noch vorher der
deutschen Regierung von diesem Beschlusse Mitteilung ma-
chen. Hinsichtlich des Ausmaßes der Herabsetzung dürfe
man jedoch nicht allzu große Hoffnungen hegen, da man in
optimistischen Kreisen von einer Zurückziehung von höchstens
4—5000 Mann spreche.

Intervention Mussolinis für Sacco und Vanzetti

Berlin, 10. August. Wie die Morgenblätter aus
Rom melden, hatte der Vater Saccos Mussolini um Inter-
vention zugunsten seines Sohnes gebeten. Mussolini ant-
wortete, daß er sich sehr eifrig mit dem Falle befaßt und,
soweit dies die internationalen Formeln zuließen, die nötigen
Schritte getan habe, um die beiden vor der Hinrichtung zu
retten.

Courtney will heute fliegen

Berlin, 10. August. Wie die „Vossische Zeitung“
aus London berichtet, hat sich Kapitän Courtney Dienstag
abend entschieden, falls nicht wesentliche Veränderungen in

